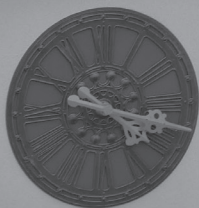


Kapitel 10

Schule



Schulpolitik der SVP Stadt Zürich

Ein Hauptgrund, dass die Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz tief wie fast nirgends auf der Welt ist, liegt wesentlich im dualen Berufsbildungs-System.

Die Volksschule muss Kinder und Jugendliche auf das Leben vorbereiten. Die Priorität der schulischen Ausbildung liegt somit bei den Grundfähigkeiten und bei der Vermittlung von Basiswissen, insbesondere der deutschen Sprache und den Realien. Die Volksschule soll sich auf die Kernaufgaben zurück besinnen. Dazu gehört auch stetes Einüben des vermittelten Stoffes.

Werken als Schulfach soll wieder vermehrt Beachtung finden. Gekonnter Umgang mit Werkzeugen und Werkstoffen nützt handwerklich begabten Schülerinnen und Schülern beim Berufseinstieg. Die Volksschule leistet Garantie, dass Schulabgänger über ein Fundament an Wissen und Fähigkeiten verfügen, das ihnen ein Berufseinstieg mittels Lehre ermöglicht. Wer sich zum Übertritt ins Gymnasium entscheidet, soll nebst solidem Grundwissen über Lernwille, Lernfähigkeit und Durchhaltevermögen verfügen.

Die Reformen sind zu stoppen. Volksschulklassen sind durch Klassenlehrer zu führen. Die Eltern stehen in der Mitverantwortung: Erziehung ist Privatsache und nicht Aufgabe der Schule.

Fundament

Das juristische Fundament zu Schule und Sport bildet die Bundesverfassung (BV) sowie die Kantonsverfassung (KV).

Gemäss Art. 62 BV sind die Kantone für das Schulwesen zuständig und sorgen für einen ausreichenden Grundschulunterricht, der allen Kindern offen steht. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch und an öffentlichen Schulen unentgeltlich.

Die Berufsbildung ist in Art. 63 BV geregelt und die Hochschulen in Art. 63a BV.

Art. 116 KV verpflichtet Kanton und Gemeinden zur Führung von qualitativ hoch stehenden öffentlichen Schulen, welche den Grundwerten des demokratischen Staatswesens verpflichtet sind. Die öffentlichen Schulen sind konfessionell und politisch neutral.

Das Volksschulgesetz (VSG) des Kantons Zürich regelt die Bildung und Erziehung in der Volksschule.

Leitbild

Erziehung ist Privatsache. Die Volksschule ergänzt die Erziehung in der Familie. Sie erzieht zu einem Verhalten, das sich an christlichen, humanistischen und demokratischen Wertvorstellungen orientiert. Sie fördert Mädchen und Knaben gleichermaßen.

Die Volksschule soll das Fundament legen, welches den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, in ihrem Leben als Erwachsene einen Platz in der Gesellschaft und im Berufsleben zu finden.

Die Zürcher Schulen sollen den Charakter einer Volksschule beibehalten, das heisst, sie braucht die Nähe zu Schülern und Eltern für eine optimale Zusammenarbeit sowie das Engagement der Bürger für die Aufsicht und Pflege der Schule.

Die Grundschulen und vor allem die Mittelschulen sollen wieder vermehrt naturwissenschaftliches Wissen vermitteln. Mathematik, Algebra und Geometrie schaffen bei den Schülern analytische Fähigkeiten. Naturwissenschaftliches Sachwissen in Gebieten wie Biologie, Chemie oder Physik ist wichtig.

Die Aneignung und Pflege der deutschen Sprache hat für alle Schüler Priorität. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist Vorbedingung

für den Zugang zu allen Unterrichtsfächern und für die optimale zwischenmenschliche Kommunikation.

Die Schule soll zudem handwerkliche Fähigkeiten vermitteln: Handarbeits- und Kochunterricht sollen ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts sein.

Leistungsprinzip

Die SVP will den Leistungsgedanken in der Schule wieder stärken. Es braucht eine Renaissance der Wettbewerbskultur an den Schulen.

Prüfungen mit Noten ergeben aussagekräftige Zeugnisse. Abschlussprüfungen beim Übertritt ins Gymnasium und bei Schulabschluss sind ein Leistungsausweis und markieren Lebensabschnitte für junge Menschen. Die SVP will ein Schulsystem, welches den jungen Menschen einen guten Start ins Leben ermöglicht.

- Das Leistungsprinzip soll konsequent angewendet werden, damit die Schülerinnen und Schüler bei Lehrstellenantritt in Wirtschaft und Gewerbe oder für den gymnasialen Bildungsweg optimal vorbereitet sind
- Im Unterricht soll das Schwergewicht auf die Stoffvermittlung, die Förderung des Leistungswillens und das Aneignen von Regeln für das Zusammenleben gelegt werden
- Gute Deutschkenntnisse sind eine Voraussetzung für die Integration in die Regelklasse. Schülerinnen und Schüler, die die deutsche Sprache weder sprechen noch verstehen, sind für den Spracherwerb zeitlich begrenzt in einer Kleinklasse zu unterrichten
- Im Deutschunterricht erfolgen regelmässig Diktate, welche benotet werden
- Die Hauptsprache im Kindergarten ist die Mundart

- Die Leistungsbewertung erfolgt mit Schulnoten ohne Kommentare. Die Leistung wird semesterweise in einem Schulzeugnis ausgewiesen
- Das «Betragen» wird ebenfalls im Zeugnis bewertet.

Schulpflege

Die Schulpflege ist ein wichtiges Element im Schulwesen. Dabei soll das Milizsystem wieder gestärkt werden.

Bei Wahlen in die Schulpflege soll die IPK (Interparteiliche Konferenz) einen freiwilligen gemeinsamen Wahlvorschlag im Proporz formulieren und bei Gesamterneuerungswahlen anfangs Legislatur eine gemeinsame Liste erstellen. Teilnahme auf der gemeinsamen Liste ist freiwillig. Bei Ersatzwahlen soll die IPK nach Anhörung des Kandidaten bei Einstimmigkeit eine offizielle Wahlempfehlung publizieren.

Forderungen

- Integration ist wichtig. Nebst der Förderung der deutschen Sprache ist auch die Förderung unseres Kulturverständnisses wichtig. Die Teilnahme an allen Veranstaltungen der Schule ist für alle Schülerinnen und Schüler obligatorisch
- Im VSG, 6. Abschnitt, ist die Stellung der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern in §50 - §57a geregelt. Die darin festgelegten Disziplinarmassnahmen sind auf allen Stufen (Lehrer, Eltern, Schulleitungen, Schulpflege) konsequent anzuwenden
- Das System «Integrativer Förderunterricht» ist laufend zu evaluieren. Die Anzahl Lehrpersonen, die für eine Klasse zuständig sind, sollten auf maximal 2 reduziert werden
- Die dreiteilige Sekundarschule ist wieder einzuführen. Das Klassenlehrerprinzip für die Sekundarschule B und C ist beizubehalten

- Die Kenntnis der Bibel ist Teil des Schulstoffes. Die Unterrichtung in der Bedeutung der christlichen Feste (Ostern, Pfingsten, Weihnachten) ist Pflichtstoff
- Die SVP fordert die Zusammenarbeit mit dem Kanton betreffend Gesetzgebung für die Wiedereinführung der Kleinklassen.